

ABSCHLUSSBERICHT

RAN LOCAL

6. und 10. März 2023, online

614. Online-Treffen von RAN LOCAL: Wie lässt sich regierungsfeindlicher Extremismus auf lokaler Ebene verhindern und eindämmen? Wiederherstellung der Normalität, Wiederaufbau von Vertrauen und Netzwerken auf lokaler Ebene.

Wesentliche Ergebnisse

In mehreren Ländern Europas scheint es einen wachsenden Trend zu geben, bei dem BürgerInnen ihr Recht wahrnehmen, Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber Behörden auszudrücken (z. B. durch Proteste). In manchen Fällen verwandeln sich diese Stimmungen in Feindseligkeit aufgrund vermeintlichen Versagens seitens der Behörden und einem bereits bestehenden Misstrauen (sei es nun berechtigt oder nicht). Zudem gibt es mehrere Fälle, in denen Einzelpersonen, Gruppen oder Bewegungen so enttäuscht sind oder sich so von den Behörden ausgegrenzt fühlen, dass sie darauf zurückgreifen, falsche und polarisierende Narrative zu verbreiten, welche die Legitimität der Regierungen anzweifeln und ihre AmtsträgerInnen sowie deren (vermeintliche) Partnerorganisationen dämonisieren sollen, darunter Strafverfolgungsbehörden, gesetzgebende und rechtsprechende Organe sowie Bildung und Wissenschaft. Dieses Umfeld ist ein zunehmend fruchtbarer Nährboden für die Manipulation durch extremistische Gruppen sowie für extremistische und teils gewalttätige Handlungen.

Das Hauptthema der Diskussion im Online-Arbeitsgruppentreffen am 6. und 10. März 2023 war das Phänomen des regierungsfeindlichen Extremismus, auch behördenfeindlicher oder Anti-Establishment-Extremismus genannt. Bei dem Treffen kamen lokale und regionale KoordinatorInnen aus 11 Mitgliedstaaten zusammen, um sich über diese Art von Extremismus auszutauschen und zu besprechen, wie er sich in ihren Städten und Regionen manifestiert. Es wurden auch verschiedene Ansätze zur Prävention und Bekämpfung dieses Phänomens erörtert. Im Mittelpunkt standen vor allem die Wiederherstellung der Normalität und des Vertrauens zwischen Regierungen und BürgerInnen, um einer weiteren (gewaltsamen oder gewaltlosen) Eskalation entgegenzuwirken, sowie die Zusammenarbeit mit natürlichen Verbündeten, die zur Erreichung dieser Ziele beitragen können. Aus dem Treffen gingen die folgenden wesentlichen Ergebnisse hervor:

- Das Phänomen des regierungsfeindlichen/behördenfeindlichen Extremismus bleibt weiter schwer zu greifen, insbesondere aus Perspektive eines P/CVE-Ansatzes, der nach wie vor inhärent auf Sicherheit und Ideologie ausgerichtet ist. Die Wiederherstellung von Vertrauen in die Behörden erfordert **die Akzeptanz von Fehlern in den Ansätzen der Regierung/Behörden und langfristige Investitionen in**

Programme für sozialen Zusammenhalt, Bürgerbeteiligung und lokale Demokratie. Eine langfristige Zusammenarbeit zwischen P/CVE-Abteilungen und anderen an diesen Programmen beteiligten Abteilungen ist notwendig (ein gesamtgesellschaftlicher/ganzheitlicher Ansatz).

- **Für alle am ganzheitlichen Ansatz beteiligten Abteilungen ist es wichtig, die radikalisierende Wirkung antidemokratischer Narrative zu verstehen**, insbesondere jener, die innerhalb regierungsfeindlicher Bewegungen kursieren und traditionalistische und frauenfeindliche Ansichten fördern. Welche Bedeutung politischen AkteurInnen zukommt, die sich ähnlicher antidemokratischer Narrative bedienen, sollte gleichermaßen nicht außer Acht gelassen werden.
- **Online-Prävention ist weiterhin erforderlich.** Obwohl es noch rechtliche Herausforderungen zu bewältigen gibt, können und sollten kreative Lösungen gesucht werden, wie bereits innerhalb von RAN diskutiert wurde. Siehe beispielsweise RAN C&N (2022) [Digital Frontrunners: Key challenges and recommendations for online P/CVE work](#).
- Bewegungen in Europa werden von denen in den USA inspiriert. Von daher könnten (internationale) **Geldflüsse** ein Thema sein, das man sich näher ansehen sollte.
- Die Tatsache, dass **die extreme Rechte versucht, legitime Proteste und regierungsfeindliche Stimmungen zu manipulieren**, sollte bei einem P/CVE-Ansatz zu diesem Problem weiter im Vordergrund stehen.
- Die Frage „**wie können Ausgegrenzte einbezogen werden**“ bleibt von entscheidender Bedeutung, wenn es um regierungsfeindlichen Extremismus geht. Programme für Bürgerbeteiligung ziehen beispielsweise in der Regel Personen an, die bereits in gewissem Maße bereit sind, sich zu engagieren. Für diejenigen, die sich ausgeschlossen oder isoliert fühlen, kann jede Initiative zur Förderung des Engagements in ihrer Gruppe als „Teil des Systems“ wahrgenommen werden und ist damit zum Scheitern verurteilt.

Kernpunkte der Diskussion

Was ist regierungsfeindlicher Extremismus und wie äußert er sich?

Während zwei Mittagssitzungen untersuchte die Arbeitsgruppe RAN LOCAL das komplexe Phänomen des regierungsfeindlichen Extremismus. Die Teilnehmenden erkannten die Legitimität negativer Stimmungen der BürgerInnen gegenüber ihrer Regierung oder ihren Behörden in Bezug auf Themen wie Wohnungskrise, Energiekrise, Renten usw. an und konzentrierten sich auf nicht die Sicherheit betreffende Ansätze. Dabei ermittelten sie Möglichkeiten, das Vertrauen in die Beziehung zwischen Behörden und BürgerInnen wiederherzustellen.

Der Wiederaufbau von Vertrauen ist leichter gesagt als getan, zumal regierungsfeindliche Stimmungen historisch gesehen nicht neu sind. Solche Stimmungen sind zwar aus demokratischer Sicht legitim, lassen sich aber auch leicht aus böswilliger (extremistischer) Sicht ausnutzen. Die Teilnehmenden erkannten, dass es wichtig ist, alle Seiten des Problems genau zu betrachten, selbst wenn sie nicht Teil des demokratischen Netzwerks, sondern des Radicalisation Awareness Network sind.

Die Teilnehmenden erkannten auch einen schwierigen Teil, der von ihnen verlangt, anzuerkennen, dass eine Gruppe von BürgerInnen grundlegend enttäuscht ist und sich selbst von allem isoliert hat, das mit Regierung/Establishment/System zu tun hat. Hierin liegt auch das Potenzial, extremistischen Narrativen und einer möglichen Radikalisierung hin zu (gewaltbereitem) extremistischen Verhalten ausgesetzt zu sein. In allen europäischen Mitgliedstaaten kam es zu Vorfällen, unter anderem in Deutschland, Schweden und den Niederlanden,

bei denen BürgerInnen PolitikerInnen einschüchterten, die Souveränität vom Staat verkündeten und eigenstaatliche Pässe ausstellten. Daneben kam es zu regierungsfeindlichen Protesten, die in Gewalt ausarteten, Todesandrohungen gegenüber lokalen und nationalen PolitikerInnen in den Niederlanden und geplante Regierungsumstürze durch ReichsbürgerInnen in Deutschland.

Diese Vorfälle zeigen auch, wie wichtig es ist, gegen antidemokratische extremistische Bewegungen vorzugehen. Dazu gehört die Ermittlung politischer AkteurInnen, die ähnliche Botschaften verwenden, um bei Menschen mit regierungsfeindlicher Stimmung Anklang zu finden. Daneben wurde über eine mögliche finanzielle Unterstützung innerhalb internationaler Netzwerke gesprochen, genauso wie darüber, wie wichtig es ist, politische AkteurInnen zu ermitteln, die dieselben antidemokratischen Botschaften nutzen wie die regierungsfeindlichen extremistischen Bewegungen. Die Teilnehmenden identifizierten dies ebenfalls als ein wachsendes Problem im Umgang mit regierungsfeindlichem Extremismus.

Wer ist enttäuscht, warum und wie können wir sie erreichen?

Da regierungsfeindlicher Extremismus gegenwärtig nur schwer zu greifen ist, besprachen die Teilnehmenden, dass nach wie vor mehr Online-Daten zu potenziell gewalttätigen Aktivitäten und Einzelpersonen aus regierungsfeindlichen Bewegungen erforderlich sind. Doch müssen auch BürgerInnen direkter in Regierungsprozesse und -entscheidungen eingebunden werden und Behörden müssen direkter auf diejenigen zugehen, die sich ausgegrenzt fühlen.

Als Ergebnis der Diskussion wurden Möglichkeiten zur Ermittlung von und Kontaktaufnahme mit Gruppen untersucht, welche „die Schnauze voll haben“. Es wurde angemerkt, dass diese Gruppen nicht immer Teil des typischen anfälligen Bevölkerungsteils in der Gesellschaft sind und dass sogar Einzelpersonen aus privilegierteren Gruppen das Gefühl haben können, Privilegien zu verlieren. Die Auseinandersetzung mit beiden Fällen kann aufgrund des inhärenten Misstrauens allerdings schwierig sein. Es wurde auch hervorgehoben, dass die Ermittlung dieser Gruppen eine Herausforderung darstellen kann. Viele Diskussionen sowie Indikatoren für das Verhalten und/oder die Stimmung der Menschen sind online zu finden. Es nicht verboten, Sorgen oder Unzufriedenheit mit der Regierung oder bestimmten Behörden zum Ausdruck zu bringen, jedoch ist es verfassungswidrig, personenbezogene Daten jener zu erfassen, die das tun. Vor diesem Hintergrund erklärten lokale KoordinatorInnen, dass sie mit KollegInnen aus Abteilungen für sozialen Zusammenhalt, Bürgerbeteiligung und/oder lokaler Demokratie zusammenarbeiten müssen, die von Natur aus mit allen Arten von BürgerInnen in Kontakt stehen, allerdings nicht zur Überwachung, sondern zur Prävention.

Herausforderungen

Eine/r der P/CVE-KoordinatorInnen erwähnte eine gemeinsame Untersuchung mit nicht mit Sicherheit befassten Abteilungen innerhalb der Gemeinde, um besser verstehen zu können, warum BürgerInnen von ihrer Regierung enttäuscht sind. Sie stellten unter anderem fest, dass es eine zunehmende regierungsfeindliche Stimmung unter nicht aus der Ukraine stammenden Geflüchteten gibt. Sie hatten das Gefühl, dass sie im Vergleich zu Geflüchteten aus der Ukraine anders behandelt würden und dass bei ihnen eine andere Politik verfolgt würde. Dieses Ergebnis kann potenziell von extremistischen Gruppen ausgenutzt werden und hebt eine schwierige Schwachstelle hervor, die ebenfalls von den Teilnehmenden diskutiert wurde, nämlich wie die Ausgeschlossenen integriert werden können.

Gruppen oder Einzelpersonen, die sich von Natur aus an nichts beteiligen, das mit der Regierung oder dem Establishment zu tun hat, sind schwer zu identifizieren und zu erreichen. Sie beteiligen sich schlicht nicht an Programmen oder Untersuchungen und ihnen fehlt möglicherweise die Infrastruktur oder eine Anlaufstelle, an die sie sich wenden können. Bei der Erörterung des Problems hoben die Teilnehmenden hervor, dass die verschiedenen

Haushaltstöpfe der Regierung zusammengeführt werden müssen, um die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen zu verstärken und Wege zu finden, die (vermeintlich) ausgeschlossenen Gruppen zu erreichen. Um dieses Problem wirksam anzugehen, sind weitere Diskussionen und ein Informationsaustausch nötig.

Letztlich ist es ein unglücklicher Umstand, dass weitere Krisen notwendig sein könnten, um mehr Erkenntnisse und Daten über das Phänomen des regierungsfeindlichen Extremismus und die ihm zugrunde liegenden Stimmungen zu gewinnen. Eine weitere Krise mit ähnlichen Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik wie die Pandemie würde höchstwahrscheinlich erneut regierungsfeindliche Stimmungen entfachen und P/CVE-PraktikerInnen und -KoordinatorInnen hoffentlich weitere Möglichkeiten geben, diese zu verhindern und zu bekämpfen.

Empfehlungen

Der Zweck dieses Treffens ist, PraktikerInnen und KoordinatorInnen zwei Listen an die Hand zu geben. Die erste enthält 10 Dinge, die beim Umgang mit regierungsfeindlichem Extremismus und behördenfeindlichen Stimmungen vermieden werden müssen. Die zweite enthält 10 Dinge, mit denen regierungsfeindlicher Extremismus und behördenfeindliche Stimmungen eingedämmt werden können. Bei der Diskussion (siehe **Kernpunkte der Diskussion**) wurde klar, dass der Umgang mit regierungsfeindlichem Extremismus und den zugrundeliegenden Stimmungen nicht einfach wird. Die Kernpunkte der Diskussion umfassen die folgenden Punkte:

- Es muss verstanden werden, dass regierungsfeindlicher/Anti-Establishment-Extremismus, anders als Dschihadismus und Rechtsextremismus, nicht von einer einzelnen Ideologie bestimmt wird. Das bedeutet, dass es nicht hilfreich ist, sich auf vermeintliche Ähnlichkeiten zu konzentrieren. Stattdessen ist es wichtig, anzuerkennen, dass es legitime Gründe für regierungsfeindliche Stimmungen geben kann. Regierungen machen Fehler.
- Wenn BürgerInnen mit ihren Behörden unzufrieden sind, muss anerkannt werden, dass dieses Problem grundsätzlich mit ihrem Demokratieverständnis und ihrem Gefühl der Einbeziehung und Beteiligung bzw. deren Fehlen zusammenhängt. Mit anderen Worten, sie fühlen sich ausgeschlossen. Es ist wichtig, die Legitimität ihrer Sorgen oder Gründe nicht in Frage zu stellen. Stattdessen ist es wichtig, ihnen zuzuhören, sich in sie hineinzuversetzen und ihnen das Gefühl zu geben, gehört zu werden. Lokale und regionale P/CVE-KoordinatorInnen sollten mit bestehenden Programmen, die diese Ansätze fördern, zusammenarbeiten und/oder diese miteinbeziehen.
- Lokale KoordinatorInnen sollten sich der antidemokratischen Narrative innerhalb regierungsfeindlicher Bewegungen bewusst sein, wie z. B. traditionalistische oder frauenfeindliche Narrative, und die radikalisierende Wirkung verstehen, die politische AkteurInnen hinsichtlich dieser Narrative haben können. PolitikerInnen, die dieselben Narrative verwenden, können eine große Reichweite haben und extremistische Ansichten legitimieren und normalisieren und damit genau den Nährboden schaffen, den die KoordinatorInnen verhindern sollten.
- Lokale KoordinatorInnen sollten sich der internationalen Dynamik zwischen den Bewegungen in Europa, wie beispielsweise Geldflüsse, Narrative, Modus Operandi, und jenen in den USA bewusst sein. Es ist wichtig, zu erkennen, dass die extreme Rechte versucht, legitime Proteste und regierungsfeindliche Stimmungen zu beeinflussen.
- Zur Ermittlung von Gruppen und Einzelpersonen, die möglicherweise eine regierungsfeindliche Gesinnung hegen und bereit sein könnten, Gewalt auszuüben oder dazu anzustiften, müssen lokale KoordinatorInnen

einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz bei der Datenerfassung verfolgen. Dabei sollten Informationen darüber gesammelt werden, wo sich diese Gruppen befinden, unter welchen Missständen sie leiden und warum sie mit den Behörden unzufrieden sind.

- Der Blick muss über die bekannten anfälligen Gruppen hinausgehen. Alle haben ihr eigenes Leid mit den Behörden, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status. Das Extremismuspotenzial geht auch von privilegierten Gruppen aus, die das Gefühl haben, dass ihre Privilegien gefährdet seien oder ihnen genommen worden seien.
- Bei der Einbeziehung von regierungsfeindlichem Extremismus in bestehende P/CVE-Ansätze oder -Strategien sind die Geschichte der vorwiegend sicherheitsorientierten P/CVE und die Tatsache zu berücksichtigen, dass P/CVE-AkteurInnen Teil eines Systems sind, das regierungsfeindliche Bewegungen bekämpfen. Zur Optimierung der Arbeit ist es für KoordinatorInnen wichtig, eine Zusammenarbeit mit KollegInnen aus dem sozialen Zusammenhalt, der lokalen Demokratie und/oder der Bürgerbeteiligung aufzubauen. Es ist wichtig, zu verstehen, dass es viel Zeit und Geduld braucht, bis ein Programm, das Teil eines Systems ist, von denjenigen, die sich ausgeschlossen fühlen, als legitim und beteiligungswürdig betrachtet wird.
- Lokale und regionale Ansätze zum Umgang mit regierungsfeindlichem Extremismus sollten auf jeden Fall versuchen, Vertrauen und Dialog zu fördern, indem sichere Räume für Gespräche und Beteiligung geschaffen werden. KoordinatorInnen können Zuhörkampagnen lokaler und regionaler Entscheidungsträger sowie Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Toleranz und der Diversität durchführen.

Inspirierende Praktiken

- **Verständnis für BürgerInnen aufbringen, die von den Behörden enttäuscht sind:** Ein/e lokale BürgermeisterIn versuchte, Menschen auf der Straße Antworten zu geben. Indem er/sie sich ihre Anliegen anhörte und Antworten gab, konnte bei den BürgerInnen, die nicht zur Wahl gegangen und wütend waren, das Gefühl gefördert werden, gehört und verstanden zu werden.
- **Zusammenarbeit zwischen P/CVE und nicht mit Sicherheit befassten Abteilungen:** Eine teilnehmende Stadt startete ein Resilienzprojekt mit den für lokale Demokratie und sozialen Zusammenhalt zuständigen Stellen. Beim Projekt wurden 3–4 Fachleute aus dem sozialen Bereich befragt, um herauszufinden, welche Gruppen sich von den Behörden im Stich gelassen fühlen und warum. Beim Projekt wurden bestehende Partizipationsprojekte verwendet, um zu befragende HauptakteurInnen zu finden. Ein Ergebnis war die Ermittlung regierungsfeindlicher Stimmung unter Geflüchteten aus anderen Ländern als der Ukraine, die sich von den Behörden anders behandelt fühlen.

Folgemaßnahmen

- Die Ergebnisse dieses Treffens werden 2023 beim Treffen von RAN LOCAL „The future and position of local P/CVE strategy and approaches“ wieder aufgegriffen. Wie können wir unseren Ansatz ändern und wie könnte dieser aussehen?

Weiterführende Literatur

- RAN LOCAL (2021) [Die sich verändernde Landschaft von Polarisierung, Radikalisierung und Extremismus](#)
- RAN LOCAL (2022) [Pulse Taking: What Are Local Effects of Recent Developments on P/CVE?](#)
- RAN cross-cutting event Conclusion Paper on [The Online Dimension of Extremism and Improving Online P/CVE Efforts, Berlin 27. September 2022](#)
- RAN C&N (2022) [Digital Frontrunners: Key challenges and recommendations for online P/CVE work](#)